



DR. EDMUND STOIBER, MdB

Das Interregnum ist beendet: Seit dem 22. November hat Deutschland wieder eine handlungsfähige Regierung. Bedeutsam ist dabei vor allem, dass es nun wieder eine unionsgeführte Regierung in unserem Land gibt. Denn Deutschland braucht eine starke Regierung, die auf der Grundlage klarer Werteorientierung eine berechenbare Politik macht. Eine Politik, die entschlossen die wichtigsten Probleme unseres Landes angeht: Arbeitslosigkeit und öffentliche Verschuldung. Eine Politik, die sich den gewaltigen Herausforderungen der Zukunft gewachsen zeigt. Das ist die Chance des Neubeginns.

**Globalisierung und Wissensgesellschaft** sind die Herausforderungen unserer Zeit. Mit der Osterweiterung der Europäischen Union findet "Globalisierung" gleichsam unmittelbar vor unserer Haustür statt. Und vor allem Bayern, aber auch ganz Deutschland, stehen hier an vorderster Front. Wir müssen uns im Standortwettbewerb gegenüber den Niedriglohn- und Niedrigsteuerländern in Mittel- und Osteuropa behaupten. Gegenüber Ländern, die gleichzeitig Höchstförderregionen in der Europäischen Union sind. China und auch Indien treten weltwirtschaftlich immer mehr in den Blickpunkt. Ein Drittel der Erdbevölkerung lebt in diesen Ländern.

## Deutschland im Aufbruch

Mit steigendem Wohlstand entwickeln sich hier einerseits riesige Absatzmärkte für unsere Wirtschaft. Andererseits entsteht dort eine globale Produktionsbasis, die auf ein schier unerschöpfliches und immer besser ausgebildetes Arbeitskräftepotential zurückgreifen kann.

Der beschleunigte Wandel zur **wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft** verlangt von uns riesige Anstrengungen auf dem Bildungssektor. Erfolgreiches Wirtschaften ist immer mehr auf Wissen und Qualifikation angewiesen. Nicht zuletzt von den Investitionen in Schule und berufliche Bildung, in Hochschule, Forschung und Entwicklung hängt es ab, ob wir unseren wirtschaftlichen und sozialen Standard als eines der immer noch wohlhabendsten Länder der Welt auch in Zukunft halten können. Dazu bedarf es der richtigen Weichenstellungen und Rahmenbedingungen.

In langwierigen und zum Teil äußerst schwierigen **Koalitionsverhandlungen** haben wir es in den vergangenen Wochen in Berlin unternommen, diese Rahmenbedingungen auf Bundesebene zu gestalten. Dass es schwer werden würde, war von vornherein klar. Denn mit den Grundüberzeugungen von CDU/CSU und SPD stoßen wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzepte aufeinander, die in weiten Teilen sehr unterschiedlich sind. Dennoch meine ich: Es ist uns gelungen, bei allen Kompromissen und Abstrichen, die man in einer Großen Koalition machen muss, ein tragfähiges politisches Konzept für die nächsten vier Jahre zu vereinbaren.

Eine **Große Koalition** ist nicht die Regel, sondern etwas Außergewöhnliches in der Demokratie. Durch das Wahlergebnis vorgegeben, haben die großen Volksparteien, die sich beinahe vier Jahrzehnte politisch bekämpft haben, zusammengefunden, um Deutschland voranzubringen, um den Menschen neuen Mut, neue Hoffnung in die Zukunft zu geben. Natürlich kann man einzelne Verein-

barungen des Koalitionsvertrages kritisieren. Aber allen, die das beschlossene Programm in Bausch und Bogen ablehnen, sage ich: Ohne diesen gemeinsam vereinbarten Kompromiss als Grundlage für einen politischen Neuanfang in unserem Land gäbe es keine unionsgeführte Bundesregierung. Und das hieße "weiter so" wie bisher: Weiter so

- ▶ mit der unverantwortlichen Schuldenpolitik des Bundes zu Lasten künftiger Generationen,
- ▶ mit einer ideologisch geprägten Wirtschafts- und Energiepolitik,
- ▶ mit einer ineffizienten Arbeitsmarktpolitik.

Eine solche Politik kann sich Deutschland nicht länger leisten!

Die Koalitionsvereinbarung bietet unter dem **Leitmotiv "Sanieren, Reformieren, Investieren"** neue Perspektiven für die Sanierung der Staatsfinanzen aber auch für die Reform des Staatsaufbaus und der sozialen Sicherungssysteme. Darüber hinaus werden in den nächsten vier Jahren 25 Milliarden Euro investiert zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung.

Für Wachstum und Beschäftigung sorgen in Deutschland vor allem kleine und mittlere Unternehmen. Deshalb rücken wir den **Mittelstand wieder ins Zentrum der Politik!** Zu diesem Paket gehört z.B. die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen. Wir erleichtern darüber hinaus die Betriebsübergabe durch eine Reform der Erbschaftsteuer. Erstmals seit vielen Jahren können wir die Lohnzusatzkosten unter die wichtige 40 Prozent-Marke drücken. Das entlastet Unternehmen und Arbeitnehmer und schafft Spielraum für neue Jobs. Der Kündigungsschutz wird flexibilisiert. Für Neueinstellungen gilt eine zweijährige Probezeit. Das macht es gerade für kleinere Unternehmen leichter, zusätzliche Arbeitnehmer einzustellen. Das senkt aber auch die Einstellungshürden vor allem für Langzeitarbeitslose.

...weiter auf Seite 2

Wir entlasten den Mittelstand von lästiger Bürokratie und den damit verbundenen Kosten, indem wir vor allem das Dickicht von Statistik und Buchführungspflichten lichten.

Ein 25-Milliarden-Euro-Zukunftsfonds schafft Anreize für Investitionen. Zu diesem Fonds gehören beispielsweise

- ▶ der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur,
- ▶ Energiesanierungsprogramme,
- ▶ die Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen.
- ▶ Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung werden jährlich gesteigert. Insgesamt wollen wir den Anteil der F+E-Ausgaben auf 3 % der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung erhöhen.

Auch der Bund setzt jetzt – nach dem Vorbild Bayerns – verstärkt auf Cluster aus Wirtschaft und Wissenschaft. Wir haben erreicht, dass **innovative Leuchtturmprojekte** in den Koalitionsvertrag aufgenommen wurden. Neben Galileo gehört dazu beispielsweise die deutsche Transrapid-Referenzstrecke – das heißt nach Lage der Dinge: die Strecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen in München.

Ganz entscheidend kommt es darauf an, den **Staatshaushalt zu sanieren**. Wir brauchen wieder mehr Spielräume für Zukunftsinvestitionen. Zinsen und Schulden müssen zurückgeführt werden. Ab 2007 soll es wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt geben. Und auch das Maastricht-Kriterium muss 2007 wieder eingehalten werden, um milliardenschwere Strafzahlungen aus Brüssel zu verhindern. Die Haushaltssanierung war wohl der schwierigste Punkt der Verhandlungen. Dabei galt der Grundsatz: Sparen hat

Vorrang vor **Steuererhöhungen**. Mit einer enormen Anstrengung sparen wir rd. 18 Milliarden Euro im Bundeshaushalt ein. Das ist allerdings nur die Hälfte des Konsolidierungsbedarfs. Mehr Einsparungen sind derzeit aber nicht möglich. Das würde die soziale Balance in unserem Land empfindlich stören.

Deshalb sind auch Steuererhöhungen unumgänglich, um den Haushalt ins Lot zu bringen. Ganz entscheidend war für uns, dass ein Teil der Mehrwertsteuererhöhung durch die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder an Unternehmen und Arbeitnehmer zurückfließt. Für Produkte des täglichen Lebens bleibt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz unverändert bei 7 % erhalten. Augenmaß für soziale Belange ist wichtig für eine breite Akzeptanz dieser Maßnahmen. Von der stärkeren Besteuerung höherer Einkommen ab 250.000/500.000 Euro bleiben gewerbliche Einkünfte ausgenommen, damit kleine und mittlere Unternehmen nicht zusätzlich belastet werden.

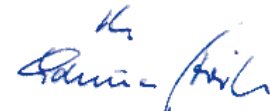
Im Koalitionsvertrag haben sich die Partner darüber hinaus darauf geeinigt, weitere wichtige Problembereiche im Laufe dieser Legislaturperiode in Angriff zu nehmen. Dazu gehört z.B. die **Unternehmensteuerreform**. Wir brauchen in Deutschland international wettbewerbsfähige Steuersätze. Und auch die sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfest gemacht werden.

Von ganz besonderer Bedeutung ist es, dass es in den Koalitionsverhandlungen gelungen ist, die **Föderalismusreform**, für die ich mich intensiv eingesetzt habe, zum Abschluss zu bringen. Diese Staatsreform ist ein Meilenstein auf dem Weg, Deutschland fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft.

Mit der Föderalismusreform gibt es künftig schnellere Entscheidungen und eine klare Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Künftig können die Länder die gesamte Bildungs- und fast die gesamte Hochschulpolitik eigenverantwortlich gestalten. Statt einer flächendeckenden Nivellierung der Bildungsstandards auf niedrigstem Niveau wird also in Zukunft der Wettbewerb unter den Ländern um die besten Lösungen gefördert. Bayern, das führende deutsche Land bei Schule, Hochschule und Forschung, kann davon nur profitieren und wird seine Spitzenstellung weiter ausbauen. Aber vor allem wird Deutschland insgesamt im internationalen Vergleich künftig besser dastehen als heute.

**Bildung, Forschung und Technologietransfer** sind Zukunftsfragen für unser Land. Wissen und Information werden inzwischen durch vernetzte moderne Technik global verfügbar. Nur exzellent ausgebildete Fachkräfte und eine hervorragende Forschungs- und Technologieinfrastruktur sichern Innovationsvorsprünge, die notwendig sind, um hohe Wertschöpfungsanteile in der heimischen Produktion zu erhalten.

Die neue Bundesregierung ist gut aufgestellt: Mit den Ministerien für Bildung und Forschung, für Wirtschaft und Technologie haben CDU und CSU Schlüsselressorts für die Zukunftsfragen in der Hand. Auch das ist ein Pluspunkt des Koalitionsvertrages und ein gutes Signal für Deutschland.



DR. EDMUND STOIBER, MdL  
BAYERISCHER MINISTERPRÄSIDENT



**Wir bieten mehr als nur hin und her**

Mit bequemen Verbindungen zu über 220 Flugzielen in aller Welt empfiehlt sich der Flughafen München als Airport der europäischen Spitzenklasse. Neben den an- und abreisenden Passagieren nutzen auch immer mehr Umsteiger diese hochmoderne Infrastruktur. Während im Terminal 1 über 70 Airlines ihre Dienste im sogenannten „Punkt-zu-Punkt-Verkehr“ anbieten, wurde das Terminal 2 auf die spezifischen Anforderungen des Drehscheibenverkehrs ausgerichtet. Eine Erfahrung teilen die Reisenden gleichwohl in beiden Terminals: Es gibt hier soviel zu schauen, schlemmen und shoppen, dass die Zeit viel zu schnell vorübergeht. Da ist es kein Wunder, dass die meisten Fluggäste vom Flughafen München einfach „hin und weg“ sind.

**M Flughafen München**

[www.munich-airport.de](http://www.munich-airport.de)

## Editorial

In diesen Tagen ändert sich – mit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung und der Regierungsumbildung in Bayern – nicht nur die politische Perspektive, sondern auch das personelle Umfeld unserer Arbeit. Der für uns gravierendste Einschnitt war die Tatsache, dass Staatsminister Dr. Otto Wiesheu das Schiff der bayerischen Wirtschaftspolitik verlässt, um in den Vorstand der Deutschen Bahn zu wechseln. Seit mehr als einem Jahrzehnt hatte Otto Wiesheu die wirtschaftliche Entwicklung Bayerns geprägt, rastlos vorangetrieben, anschaulich erläutert und in seiner Person verkörpert. Nicht zu Unrecht sagte man von ihm, er sei ein eigener, positiver Standortfaktor, dem nationale und internationale Investoren wie keinem anderen Vertrauen geschenkt haben. Wir haben im Geschäftsführenden Präsidium der Mitgliederversammlung empfohlen, für diese historische Leistung und bleibenden Verdienste Otto Wiesheu zum Ehrenmitglied zu ernennen. Aber wir haben auch die Weichen dafür gestellt, den künftigen Bahnunternehmer Wiesheu an den Wirtschaftsbeirat zu binden, indem wir ihn zum Mitglied unseres Präsidiums berufen haben. Unser Präsidium ist – neben der Erfahrung unserer Mitglieder – ein Motor des Wirtschaftsbeirates und ein Zentrum wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Kompetenz. Heute mehr denn je. Denn immerhin gehören der neue Bundeswirtschaftsminister Michael Glos und seine Staatssekretärin Dagmar Wöhrl unserem Präsidium an. Auch der neue Chef der CSU-Landesgruppe, Dr. Peter Ramsauer, ist mittlerweile als Präsidiale zu uns gestossen. Wir begrüßen ihn ebenso herzlich in unserem Präsidium wie den neuen Bayerischen Wirtschaftsminister Erwin Huber in seinem neuen Amt, dem wir Glück und Erfolg wünschen.

Ihr  
ANDREAS MÜLLER-ARMACK  
Generalsekretär

## Terminvorschau

München, 05.12.05	Jahreshauptversammlung
Nürnberg, 12.12.05	Bezirk Mittelfranken
Burghausen, 15.12.05	Bezirk Inn/Salzach
München, 25.01.06	Ausschuss für Medienpolitik zusammen mit dem Bezirk München
München, 30.01.06	Ausschuss für Verkehrspolitik

# Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit.

## Auf einen Blick: Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Die wichtigsten Vereinbarungen.

### MEHR CHANCEN FÜR INNOVATION UND ARBEIT, WOHLSTAND UND TEILHABE

#### Mehr Wachstum:

25 Mrd. Euro Mittel werden in den nächsten vier Jahren zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung eingesetzt. Für Unternehmen werden Investitionen attraktiver durch günstigere Abschreibungsbedingungen (Anhebung der degressiven AfA befristet bis zum 31.12.2007) und eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung zum 1.1.2008.

#### Mehr Innovationen:

Die Mittel für Forschung und Entwicklung werden bis 2010 auf 3 % des BiP angehoben und Wagniskapital wird über weitere etwa 100 Mio. Euro mobilisiert. Die Cluster aus Wirtschaft und Wissenschaft werden ausgebaut, Projekte wie das europäische Satellitennavigationssystem Galileo mit Standorten in Oberpfaffenhofen und Ottobrunn und eine Transrapid-Referenzstrecke werden vorangetrieben.

#### Mehr Arbeit:

Die Lohnzusatzkosten werden dauerhaft auf unter 40 % gesenkt und ermöglichen neue Arbeitsplätze. Durch Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit und einen Teil der Mehrwertsteuererhöhung sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab 01.01.2007 von 6,5 % auf 4,5 %. Die Probezeit wird auf 24 Monate verlängert und schafft neue Chancen auf einen Arbeitsplatz.

#### Weniger Bürokratie:

Statistik- und Buchführungspflichten werden verringert. Schnellere Genehmigungen und weniger Bürokratie schaffen Spielraum für Investitionen und Arbeitsplätze.

#### Neue Impulse:

Für Klimaschutz und für mehr Beschäftigung vor allem im Handwerk wird das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auf 1 Mrd. Euro aufgestockt. Die Städtebauförderung bleibt als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen bestehen. Die Planung und die Finanzierung als Public Private Partnership (PPP) werden ebenso vereinfacht wie das Vergaberecht unter mittelstandsfreundlicher Aufrechterhaltung der VOB. Die Verkehrsinvestitionen werden deutlich erhöht.

#### Zukunftsfähige Landwirtschaft:

Der Beschluss zur EU-Agrarfinanzierung vom Oktober 2002 wird abgesichert. In der EU werden einheitliche Standards bei Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz angestrebt, in der WTO sind faire Wettbewerbsbedingungen das Ziel. Die landwirtschaftliche Sozialversicherung wird modernisiert.

#### Lebenswerte Umwelt:

Im Rahmen eines breiten Energiemixes werden die Energie- und Ressourceneffizienz gesteigert, der Anteil erneuerbarer Energien insbesondere der Biomasse ausgebaut und alternative Kraftstoffe sowie innovative Antriebstechnologien mit dem Ziel „weg vom Öl“ entwickelt. Der Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch wird bis zum Jahr 2010 auf 5,75 % erhöht, die Nachrüstung von Kraftfahrzeugen mit Partikelfiltern wird aufkommensneutral steuerlich gefördert. Ein Lärminderungsprogramm und die Novellierung des Fluglärmsgesetzes verringern die Lärmbelastung. Das Umweltrecht wird vereinfacht und in einem Umweltgesetzbuch zusammengefasst.

### STAATSFINANZEN NACHHALTIG KONSOLIDIEREN – STEUERSYSTEM ZUKUNFTSORIENTIERT REFORMIEREN

#### Mehr Generationengerechtigkeit:

Deutschland darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben. Wir wollen ab 2007 die Staatsverschuldung drastisch reduzieren. Im Jahr 2007 erreicht Deutschland wieder einen verfassungsgemäßen Bundeshaushalt und hält die Regeln des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ein. Weit reichende Sparmaßnahmen sowie 2 % aus der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 % auf 19 % tragen zur Konsolidierung im Umfang von 35 Mrd. Euro bei.

#### Einfachere Besteuerung:

Das Einkommensteuerrecht wird für alle Bürger vereinfacht. Eine Unternehmenssteuerreform stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das bayerische Modell zur Erbschaftsteuer erleichtert die Unternehmensfortführung bei Familienbetrieben. Die Umsatzgrenze für die Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten (Ist-Besteuerung) wird verdoppelt und verbessert die Liquidität kleiner und mittlerer Unternehmen.

### Gerechtere Besteuerung:

Leistungsstärkere müssen einen größeren Anteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen als Leistungsschwächere. Die Einführung des Konsoli, eines allgemeinen Zuschlags auf die Einkommensteuer, haben wir verhindert. Als Alternative haben wir uns auf einen Spitzensteuersatz von 45 % verständigt. Gewerbliche Einkünfte sind aber davon ausgenommen. Wir wollen kleinen und mittleren Betrieben genügend Luft lassen.

### **SOZIALE SICHERHEIT VERLÄSSLICH UND GERECHT GESTALTEN**

#### Sichere Renten:

Die Renten werden nicht gekürzt. Um der höheren Lebenserwartung Rechnung zu tragen und für stabile Beiträge wird das Renteneintrittsalter stufenweise von 2012 bis 2035 auf 67 Jahre angehoben.

#### Ermäßigte Mehrwertsteuer:

Wir werden den ermäßigten Mehrwertsteuersatz, z.B. für Lebensmittel, nicht verändern. Mieten bleiben steuerfrei. Der reguläre Mehrwertsteuersatz wird um 3 Prozentpunkte angehoben. Dafür werden die Lohnzusatzkosten gesenkt und der Staatshaushalt saniert.

### **HANDLUNGSFÄHIGKEIT DES STAATES VERBESSERN**

#### Klare Verantwortung:

Im Rahmen einer großen Föderalismusreform wird die bundesstaatliche Ordnung grundlegend modernisiert und die Landesparlamente werden gestärkt. Die Länder erhalten mehr Gestaltungsspielräume vor allem im Bildungs-, Hochschul- und Personalbereich.

#### Starke Kommunen:

Die Kommunalfinanzen einschließlich Gewerbe- und Grundsteuer werden auch zukünftig auf einer soliden Basis stehen. Das Steuerprivileg für die Abwasser- und

Abfallentsorgung soll beibehalten werden. Die Kommunen werden vor Aufgabenübertragungen und neuen Finanzlasten durch den Bundesgesetzgeber geschützt. Durch ein Haushaltssicherungsgesetz werden kostenintensive Regelungsbereiche in der Kinder- und Jugendhilfe des SGB VIII überprüft.

### **FAMILIENFREUNDLICHE GESELLSCHAFT**

#### Beste Betreuung:

Ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder aller Altersklassen erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das neue Elterngeld ab 2007 erleichtert die Entscheidung für die Familiengründung. Kinderbetreuungskosten können bei der Besteuerung vom ersten Euro an berücksichtigt werden. Für eine zusätzliche Altersvorsorge wird die Kinderzulage für die ab 01.01.2008 geborenen Kinder von 185 Euro auf 300 Euro jährlich erhöht.

#### Beste Bildung:

Jugendliche und Erwachsene ohne Abschluss sollen eine „Zweite Chance“ erhalten, um einen Schulabschluss nachholen oder eine Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können.

### **SICHERHEIT FÜR DIE BÜRGER**

#### Bessere Vorbeugung:

Eine Visa-Warndatei zur Bekämpfung von Visamissbrauch und eine Anti-Terrordatei zur Terrorabwehr werden eingeführt. Das Bundeskriminalamt erhält Präventivaufgaben zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

#### Mehr Schutz:

Eine Kronzeugenregelung erleichtert die Strafverfolgung. Eine nachträgliche Sicherungsverwahrung jetzt auch für nach Jugendstrafrecht verurteilte Straftäter schützt die Bevölkerung vor gefährlichen Tätern.

### **DEUTSCHLAND ALS VERANTWORTUNGSBEWUSSTER PARTNER IN EUROPA UND DER WELT**

#### Modernes Europa:

Die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages wird fortgesetzt. Schon vor Inkrafttreten des Verfassungsvertrages sollen die nationalen Parlamente frühzeitig in die EU-Gesetzgebung eingebunden werden.

#### Bürgernahes Europa:

Ein Europa der Bürger muss sich auf das Wesentliche konzentrieren und gegenüber den Mitgliedstaaten die Subsidiarität beachten. Die Umsetzung von EU-Richtlinien muss sich auf das tatsächlich Notwendige beschränken.

#### Solidarisches Europa:

Deutschland soll nicht mehr als 1 % seines Bruttonationaleinkommens an die EU zahlen und übermäßige Nettobelastungen sollen ausgeglichen werden. Der Agrarfinanzkompromiss bleibt bestehen. Bei der Regionalförderung sollen die besonderen Anpassungsprozesse der Grenzregionen zu den neuen Beitrittsländern berücksichtigt werden.

#### Künftiges Europa:

Über eine Ratifizierung des Beitrittsvertrages mit Bulgarien und Rumänien wird erst auf Grund der Fortschrittsberichte und Empfehlungen der Europäischen Kommission entschieden. Die Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts der Türkei sind ein Prozess mit offenem Ende und berücksichtigen die Aufnahme-fähigkeit der EU.

#### Weltweite Partner:

Die transatlantischen Partnerschaft mit den USA, die NATO und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind Eckpfeiler der deutschen Sicherheit. Die Bundesregierung bekennt sich zur Bundeswehr und zur allgemeinen Wehrpflicht. Die Entwicklungshilfe soll bis 2015 auf 0,7 % des BNE (Erfüllung des VN-Ziels) gesteigert werden.

# Qualität in Stahl

**Unsere Leistungen:**

- » Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand
- » Ausführung von Schlosserarbeiten
- » Reparaturservice im Metallbereich

**Unsere Kunden (Auszug):**

- » BMW » Meiller » Kellerer
- » Tenovis » Bosch u. v. m.

**weber service gmbh**

Preußenstraße 6  
80809 München  
Telefon 089 357482-0  
Telefax 089 357482-19  
www.weber-service-gmbh.de

© Kunschbitt

**Dr. Thomas Fritz & Kollegen**  
Rechtsanwälte

Wir informieren Sie aktuell über:

- Erbrecht
- Unternehmensnachfolge
- Testamentsgestaltung

© Kunschbitt

Dr. Thomas Fritz & Kollegen · Rechtsanwälte · Montenstr. 11 · 80639 München  
Tel. 089 1783072 · Fax: 089 1783748 · mail@drthomasfritz.de · www.drthomasfritz.de